

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlicher Herausgeber: Rudolf Wolff in Berlin.  
Verlag und Druck von Rudolf Wolff in Berlin.

## Lenins Friedensvorschlag an England.

### Sowjetrußland zur Zahlung der Anleihezinsen bereit?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Bern, 11. November.  
Londoner Blätter melden, daß die russische Räteregierung England folgende Friedensbedingungen unterbreitet hat: 1. Alle innerhalb der Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches bestehenden Regierungen bleiben bis zu einer endgültigen Entscheidung im Amt. Kein Regime darf mit Gewalt gestürzt werden. 2. Aufhebung der Blockade und Wiederannahme der Handelsbeziehungen. 3. Der Räteregierung muß das Durchgangsgeld für alle Verkehrswege und in allen Häfen des ehemaligen zaristischen Rußlands zugesichert werden. 4. Freier Zutritt aller Bürger des bolschewistischen Rußlands in alle angrenzenden und affizierten Länder unter der Bedingung, daß sie sich nicht in imperialistische Verhältnisse einmischen; die Räteregierung bietet Gelegenheit an, 5. Vollständige gegenseitige politische und militärische Amnestie. 6. Rückzug der fremden Truppen aus Rußland; Einstellung der militärischen Hilfe durch die Alliierten und gleichzeitige Verminderung der bestehenden Truppenverbände. 7. Die Räteregierung anerkennt alle Finanzverbindlichkeiten des früheren russischen Kaiserreiches.

London, 11. November. (Weiter.)  
Im Unterhause fragte Lord Curzon, ob die Regierung Lloyd George auf Rußland in seiner Rede in der Guild Hall am 8. November bedeute, daß man wolle mit Lenin und Trotzki Verhandlungen anzufangen. Lord Curzon antwortete, es bestehe nicht die geringste Aussicht, etwas dergleichen zu

haben, und es würden keinerlei dergleichen Schritte unternommen werden, als der Friede durch die Neutralität zur Diskussion gestellt habe. In der Rede habe Lloyd George auch die Hoffnung ausgesprochen, daß es einen Weg zur Erlangung des Friedens in Rußland geben werde. Dem „Telegraph“ zufolge erklärte Lord Curzon noch, er könne wenig zur Erlangung der Gütlichkeit der Wöden hielt, und worin er darauf drang, daß gegen die Bolschewisten alle Maßnahmen getroffen werden, keinen Unterschied. In London nimmt man allgemein an, daß Lloyd George keine Augenblick darauf gedacht habe, Verhandlungen mit den Bolschewisten vorzuschlagen.

## Die Abreise der Entente Mission nach dem Baltikum.

Die Entente Mission für das Baltikum, die seit einigen Tagen unter Führung des französischen Generals Nessel in Berlin ansetzt und hier Informationen einholte, wird nunmehr, wie wir hören, heute abend nach dem Baltikum abreisen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen. Die Fahrt wird über Riga zunächst nach Königsberg gehen, von dort an allen Besichtigungen der Gegend nach Lage der Dinge unternommen werden. Der Mission beigefügt sind für den ersten Teil der Reise eine Anzahl deutscher Offiziere unter Führung des Admirals Hopmann.

Königsberg, 11. November. (W. T. B.)  
Nach einer Meldung aus Riga, haben die Letten unter dem Feuerdruck der Ententeoffiziere den Aufbruch des Bismarck überfüllt. Die zünftigen Truppen gingen unter Zurücklassung von Gefangenen und Wagnisgegenständen zurück.  
Wie aus Petersburg gemeldet wird, sind dort eine Anzahl bolschewistischer Kommandeure eingetroffen, die die Heberhebung der Zentraleileitung in Moskau nach Petersburgerburg für den Fall vorbereiten, daß Moskau durch Lenin unmittelbar bedroht wird.

## Eine Kulturlamparade.

von Bruno Stümke.

Wenn der preussische Kultusminister Saentich wird seit einiger Zeit von demissionärer Seite und von einer bestimmten Zentrumsfraktion ausgehend, ein Treiben veranstaltet, das den Minister in den Verdacht bringen soll, ein Gottseiuem sei, und was weit schlimmer ist, einer, dessen Lebensziel die Ausrottung des Christentums ist. Bei seiner letzten Reise durch die deutschen Westprovinzen besuchte er die bekannte Benediktinerabtei Maria Laach. In einem Gespräch mit dem Abt Dr. Adelfons Hermann soll Saentich gesagt haben, daß er Atheist sei und bleibe und daß er als Kultusminister die Einführung des Atheismus erwarte. Diese Behauptung ging nun durch die ganze christliche Zentrumspresse, voran die „Kölnische Volkszeitung“, die rechtsstehenden Blätter, voran die „Deutsche Tageszeitung“, nachdem sie mit Lehagen auf ein preussischer Kultusminister, der sich offen als Atheist bekennt, und der, darüber hinaus, den Atheismus zur Staatsreligion machen will, das war so recht was für eine Kulturlamparade. Die „Deutsche Tageszeitung“ witzelte vorzüglich und gab ihrer Verwunderung Ausdruck, daß ein solcher Minister überhaupt bei der Volksvertretung eine Mehrheit erhalte. „Eine Frage“, schreibt das Blatt, „die allerdings so lange nur theoretische Bedeutung hat, als sie nicht vom Zentrum aufgenommen wird.“ Für denjenigen, der die Annäherungsversuche zwischen Deutschnationalen und einem bestimmten Teil des Zentrums auf kulturellem Gebiete seit einiger Zeit verfolgt hat, ist dieser Satz ohne weiteres verständlich; man sieht wieder ein gewisses Gemeinlichkeitsbedürfnis in der vergangenem goldenen Tagen. Zunächst aber hat sich die Unterredung in Maria Laach als wesentlich anders herausgestellt. In der „Kölnischen Volkszeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ haben eine Erklärung des Abtes abdrucken müssen, nach der Saentich nur gesagt hat, daß er für seine Person keinen Eiferbezeugungsplan hegen könne, und daß er der Hoffnung lebe, daß in einer späteren Zeit einmal eine Christenheit erlitten wird, die es uns gestattet, die heute übliche Sittlichkeit zu übertreffen. Da diese Zeit aber noch in weiter Ferne liege, so dürfe man die großen Kulturwerke des Christentums nicht gering einschätzen und müsse sie fruchtbar für unser Volk machen. „Ich stehe auf dem Standpunkt“, sagte der Minister, „daß unter Kampf für den Fortschritt nicht gegen die Kirche, sondern gemeinsam mit der Kirche zum Wohle aller geföhrt werden muß.“ Man wird nicht hoch führen, daß das, was Saentich von der neuen Christenheit, sein ureigentliches und ein neuer Gedanke ist. Er ist von unserer besten Köpfe längst gedacht und seine Ausführung längst erörtert worden. Und es gibt wohl auch keinen Menschen tiefer Bildung, der nicht über das religiöse Problem nachgedacht hat und zu ähnlichen Betrachtungen gekommen ist.

Man sich ist auch die Unterhaltung des Kultusministers mit dem Abt für die große Öffentlichkeit bereits gleichgültig. Warum soll denn nicht auch ein Kultusminister mit Worten Weltanschauung führen? Auch haben wir kein anderes Interesse als das der Wahrheit, dies festzustellen. Nein, hier dreht es sich um wesentlich andere Dinge; die Deutschnationalen und die Zentrumsleute, die unter Führung des Großbüchse Faulhaber stehen, wollen auf dem Wege des Kulturkampfes den demokratischen Staat zu machen, dem sie politisch nicht gewachsen sind. Deshalb sind die Minister, die den Staat führen, mit dem Zentrum in der richtigen Annahme, daß die Kulturlamparade in Deutschland noch immer eine ganz ansehnliche Gefahr zu gemeinamen Handeln vereint hat. Am Zentrum besteht, wie man weiß, seit langen eine Spaltung. Die eine Richtung sieht in Faulhaber ihren Führer, die andere, die demokratische, in Gieseler. Bei dem nächsten Parteitag wird es auch voraussichtlich zu recht scharfen Auseinandersetzungen kommen. Die Faulhaber-Sekte im Zentrum sind mit Freuden wieder zu einem schwarz-blauen Block bereit. Die Deutschnationalen suchen die demokratische Staatsordnung an zwei Stellen zu unterminieren: politisch und ebenfalls kulturell. Sie benutzen dazu den orthodoxen Protestantismus. Unter dem Auf: Die Religion ist in Gefahr! sammeln sie die Zentrumsführer und führen sie fort auf die Straße. Unter Führung finden diese Bestrebungen in den leitenden kirchlichen Kreisen des Protestantismus, die den „Reichsbund“, der sich ganz besonders durch scharfe Angriffe auf den Kultusminister auszeichnet, zu ihrem Organ gemacht haben. Dieser verdeckte Kulturkampf, der im Westen des Reiches bereits mit den schärfsten Waffen geführt wird, findet leider noch nicht die genügende Beachtung. Die Gewerkschaften, die sich unter Führung der Kulturkämpfer schon so viel Boden gewinnen konnten. Die Anhänger einer demokratischen Staatsordnung sehen hier eine Aufgabe vor sich, an der sie nicht länger adios vorbeigehen dürfen. Am Westen wird mit der Kulturlamparade bei Gemeinwesen schon eine recht erfolgreiche Propaganda getrieben. Das ist die beste Vorbereitung für die kommenden Reichstagswahlen. Selbst die Demokraten tun Dingen, die eine Zeitlang ruhig zu sein sind Zentrum und Deutschnationale bald so eng verbunden, daß es schwer halten wird, gegen das „kulturell-politische“ Wahlbündnis aufzukommen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß das Zentrum nach dem Ministerielle in Kultusministerium trachtet. Den Deutschnationalen hier ein Zugeländnis für die Zukunft abzurufen, wird dem antideмократischen Zentrum ein leichtes sein. Und man weiß weiter, daß das Zentrum als Ganzes sich der besten Ordnung der Dinge nur widerwillig unterwirft und die Zeit herbeistellt, wo es wieder frei nach den alten Grundsätzen handeln kann.

## Angültigkeit der ober-schlesischen Wahlen?

Der Protest der Entente.  
Die Gemeinderatswahlen in Ober-schlesien, bei denen die Polen, namentlich auf dem Lande, auf Kosten des Zentrums und der Mehrheitsparteien demokratische, beträchtliche Mehrheiten erzielt haben, sind vom Obersten Rat der Alliierten in Paris beanstandet worden. Diese Wahlen stehen nach der Ansicht der Entente in Widerspruch mit der Freiheit der Volksbestimmung und müßten daher annulliert werden. Die Entente stützt sich dabei offenbar auf den vorletzten Absatz des Artikels 88 im Friedensvertrage. Darin heißt es:

„Die politische und die deutsche Regierung verpflichten sich, jede zu ihrem Ziele auf seiner Seite jedes Gebietes irgendwelcher Art zu vermeiden, auch keinerlei Verwaltungsregeln für einzelne politische Handlungen zu treffen, die in Ober-schlesien während der Periode der im angeführten Absatz festgelegten Regierungsform und bis zur Einrichtung der endgültigen Regierungsform dieses Landes vorzunehmen.“

Wir verdammen den Protest der Entente gegen die ober-schlesischen Wahlen nicht als berechtigt anzuerkennen. Denn einmal ist der Friede noch nicht in Kraft getreten, da die alliierten Mächte Deutschland noch nicht die Konstitutionsurkunden überlassen haben, und der „Anhang“, auf den in dem vorstehenden Absatz verwiesen wird, ausdrücklich davon spricht, daß die Periode der Übergangs-Regierungsform erst nach Inkrafttreten des Vertrages beginnt. Zum anderen kann man in den am Sonntag abgehaltenen Gemeinderatswahlen in Ober-schlesien der „Freibereit“ noch eine „Ausnahmemaßregel“ erblicken. Die ober-schlesischen Gemeinderatswahlen sind lediglich das letzte Glied einer ganzen Reihe von Provinziallandtags-, Kreis-, und Stadtverordnetenwahlen, wie sie im Laufe dieses Jahres nach der Einführung des gleichen Wahlrechts in ganz Preußen vorgenommen sind. Gewiß kann man es behaupten, daß der Termin dafür nicht früher, schon vor den eigentlichen Friedensverhandlungen, angelegt worden ist, aber die preussische Regierung glaubte die Wahlen nicht eher abzurufen zu dürfen, als bis, nach all den Aufständen und Streitigkeiten, in den ober-schlesischen Werten wieder völlige Ruhe eingekehrt war.

## Die zufriedenen Unabhängigen.

Die „Freiheit“, das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, schreibt zu dem Wahlergebnis in Ober-schlesien: „Unsere Genossen mochten die Wahl zu einer Berufswahl gegen das Gewerkschaftsregiment und gegen die Politik ihrer Regierung. Sie konnten, daß für sie nicht Aufstieg und Aufstieg entgegenzuweisen sei, sondern der internationale Gedanke der Solidarität des deutschen und polnischen Proletariats gegen das deutsche und polnische, gegen das internationale Kapital. Höflich und seine Auftraggeber haben in Ober-schlesien gearbeitet wie der Esel im Bergbau. Jetzt können die Arbeiter sich zum ersten Male in der deutschen Sozialdemokratie betreiben und den Gedanken, die Polen durch brutale Gewalt niederhalten zu können. Die Zukunft liegt jetzt vor. Den Reichstagswahlen sind die Wähler abzugeben. Die zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter haben sich der unabhängigen Sozialdemokratie angeschlossen oder sie stimmen, soweit sie den internationalen Gedanken noch nicht verlassen, für die polnische Sozialdemokratie; die deutschen fremdenartigen Elemente weichen zu den Deutschnationalen hinüber, den größten Zugang aber haben die Nationalpolen erhalten.“

## Der amerikanische Senat doch gegen die Ratifizierung?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)  
W. Bern, 11. November.  
Der Washingtoner Korrespondent der „New York Sun“ telegraphiert heute, daß sich nicht die gegenwärtig bestehende Mehrheit im Senat umkehrt, ist als sicher anzunehmen, daß der mit Deutschland abgeschlossene Friedensvertrag vom Senat in der Schlussabstimmung, die über die Ratifizierung stattfinden wird, verworfen wird.

## Poincaré in London. Ein Trinkspruch des Präsidenten.

(Telegramm.)  
London, 10. November. (W. T. B.)  
Der Herr und Frau Poincaré und Fichou sind in London eingetroffen. Sie wurden auf dem Bahnhof von König und der Königin, Lloyd George und anderen Mitgliedern des Kabinetts begrüßt. In Anerkennung eines Trinkspruchs des Königs Georg im Buckingham-Palast, der Poincaré für seinen geschickten und freundlichen Empfang erwiderte, der ihm im Jahre 1918 hier zuteil wurde. Anzweifelbar habe die Welt Umwälzungen durchgemacht, die so tiefgreifend gewesen seien, daß sonst Jahrhunderte erst sie vollbracht haben würden. Millionen von Menschenleben seien geopfert worden in einem Kriege, den England und Frankreich hätten vermeiden wollen. Am 28. Januar des Jahres 1918 sei festgehalten worden, daß die beiden Mächte in solchen Zusammenhängen die bedrohlichen Fragen des Friedens, die damals auf der Welt lauten, zu lösen sich bestreben. Poincaré sagte dann weiter, daß Großbritanniens und Frankreichs unermüdlich dahin wirken, daß auf dem Balkan die Feindseligkeiten nicht wieder ausbrechen oder sich ausbreiten. Der Präsident ver sprach, daß Frankreich sich bemühen werde, mitzuwirken an der Aufrechterhaltung des harmonischen Zustandes zwischen den europäischen Staaten. Sollte bei der Kenntnis erbracht, daß Frankreich sein Wort gehalten habe, an der Seite Englands habe es dafür geföhrt, daß der letzte Weltbrand erstift wurde. Aber die mehrjährige Zeit von Sarajewo habe den Leitern der Zentralmächte einen Vorwand geliefert, um die harmonische Einigung zu durchkreuzen.

Auf eine Anfrage im Unterhause antwortete der Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes, daß im allgemeinen gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages kein Verbot existiert, die Arbeit in jenen Ländern, in denen die Vereinigten Königreich Arbeit finden möchten. Unter diesen Umständen sei es selbst im Interesse der Arbeitgeber, gegen die Ratifizierung des Streiks nicht zu gehen. Durch die Ratifizierung ist die Wiederaufnahme der Arbeit beschleunigt worden. Entsprechend dieser Ratifizierung hat die Fünfschichtkommission beschlossen: Der Streik wird für beendet erklärt. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, können die Kollegen am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen. Wir erlauben alle Einstellungen, sich mit ihren Arbeitgebern bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung zu setzen.

## Beendigung des Metallarbeitersstreiks.

Von der Fünfschichtkommission wird folgendes mitgeteilt: Die in den Betrieben vorgenommene Abstimmung hat ergeben, daß die Metallarbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschleunigt werden. Durch die Ratifizierung ist die Wiederaufnahme der Arbeit beschleunigt worden. Entsprechend dieser Ratifizierung hat die Fünfschichtkommission beschlossen: Der Streik wird für beendet erklärt. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme besteht, können die Kollegen am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufnehmen. Wir erlauben alle Einstellungen, sich mit ihren Arbeitgebern bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit in Verbindung zu setzen.









